

Kurzmeldungen

Das **Auffanglager für vietnamesische Flüchtlinge** auf der Insel Bidong vor der Ostküste der malayischen Halbinsel wird **aufgelöst**. 600 der 13000 Vietnamesen sind bereits in ein Übergangslager in Sungei Besi bei Kuala Lumpur verlegt worden. Über 230000 sind über Bidong in andere Länder gekommen. Seit Juli 1990 sind keine neuen Flüchtlinge mehr eingetroffen. (FEER 7.2.91 S.15)

Malaysia hat als erster ASEAN-Staat ein **Konsulat in Ho Chi Minh Stadt eröffnet**. Malaysische Geschäftsleute haben in den letzten Monaten zunehmend ihre Aktivitäten in Vietnam verstärkt. (FEER 21.2.91 S.14)

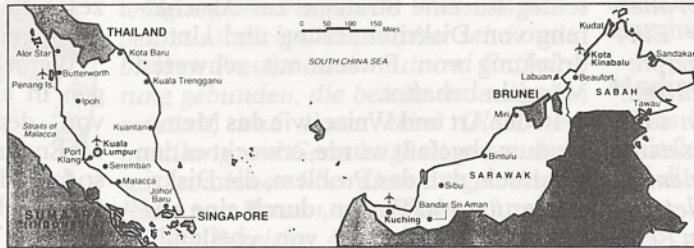
Taiwan ist 1990 zum größten ausländischen Investor in Malaysia mit US\$ 2,33 Mrd. aufgestiegen und hat damit Japan überrundet. Insgesamt betragen die Investitionen von ausländischen Firmen US\$ 6,48 Mrd. gegenüber US\$ 3,87 von einheimischen. Die Ministerin für Handel und Industrie, Rafidah Aziz, teilte mit, sie werde im Kabinett beantragen, daß die Möglichkeit der Erteilung von **Genehmigungen für 100% Auslandsbeteiligungen** an bestimmten exportorientierten Industrien verlängert wird. Diese Möglichkeit sollte eigentlich am 31.12.1990 beendet werden. (FEER 24.1.91 S.51)

Zum 15. März wird der langjährige **Finanzminister Daim Zainuddin** seinen Posten aufgeben. Er hatte bereits mehrfach darum gebeten, von dem **Amt entbunden** zu werden. Sein **Nachfolger** wird der bisherige Bildungsminister **Anwar Ibrahim**, der inzwischen innerhalb der malayischen Regierungspartei UMNO zu einen der stellvertretenden Vorsitzenden aufgestiegen ist. Seine Ernennung zum Finanzminister bedeutet auch einen Aufstieg im Kabinett und stärkt seine Ausgangsposition, eines Tages über den Posten des stellvertretenden Premierministers die Führung der Regierung zu übernehmen. (FEER 21.2.91 S.16f)

Ministerpräsident von Sabah und Berater verhaftet

Am 5. Januar wurde der Ministerpräsident des Bundesstaates Sabah, Joseph Pairin Kitingan, verhaftet. Ihm wird Korruption in 3 Fällen vorgeworfen, bei denen es um Aufträge im Wert von insgesamt M\$ 12 Mio. ging. Nach Anhörung vor dem Richter wurde er gegen eine Kaution von M\$ 1,5 Mio. wieder frei-

gelassen. Der jüngere Bruder Pairin Kitingans, Jeffrey Kitingan, wurde bereits anfang letzten Jahres wegen Korruption im Rahmen seines Amtes als Leiter der Sabah Foundation, einer Gesellschaft zur Entwicklung Sabahs, angeklagt, wozu die Gerichtsverhandlungen allerdings noch nicht stattgefunden haben. 36 Stunden vorher, am 3.1.91 abends, hatte die Polizei in Kuala Lumpur den stellvertretenden Geschäftsführer des Sabah Instituts für Entwicklungsforschung (Institute for Development Studies = IDS) und Berater Pairin Kitingans, dem 37jährigen Maximus Johny Ongkili, nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit, ISA, in Kuala Lumpur, wegen Aktivitäten, die die nationale Sicherheit gefährdeten, verhaftet. Am folgenden Tag wurden sein Büro und seine Wohnung in Kota Kinabalu von Polizeibeamten der „Sonderabteilung“ (Sepcial



Branch = SB) durchsucht und Dokumente, Tonbänder und Disketten beschlagnahmt. Ongkili hatte den Ministerpräsidenten zur Parlamentssitzung in Kuala Lumpur begleitet.

Vincent Chung, leitender Mitarbeiter der Trägerfirma der Sabah Foundation, Innoprise Corp., wurde schließlich am 16.1.91 nach dem ISA verhaftet. Er soll an einer Verschwörung beteiligt gewesen sein, die sich die Lostrennung Sabahs aus dem Bundesstaat Malaysia zum Ziel gesetzt habe. Bereits im Juni letzten Jahres wurden 2 ehemalige

Polizeibeamte, ein SB-Beamter und der Vorstandsvorsitzende der Sabah Air wegen dem gleichen Verdacht nach dem ISA verhaftet.

Nach dem ISA kann die Polizei jede Person ohne Anklage und richterlichen Beschluß bis zu 60 Tage in Haft nehmen, die dann auf Anweisung des Innenministers der Bundesregierung beliebig häufig um jeweils 2 Jahre verlängert werden kann. IDS gilt als sogenanntes „think tank“ der PBS Regierung und wird ebenfalls von Jeffrey Kitingan geleitet. In der Arbeit des promovierten Agrarökonom Ongkili am IDS kam häufig Kritik an der zunehmenden Islamisierung Sabahs und Unterstützung der islamischen Minderheit durch die Bundesregierung gegen die größte ethnische Bevölkerungsgruppe Sabahs, der Kadazans, zum Ausdruck. Maximus Ongkili ist der jüngere Bruder des ehemaligen Justizministers James Ongkili.

Der Hintergrund für die spektakuläre Festnahme des Ministerpräsidenten Pairin Kitingans wie auch der anderen ISA-Verhaftungen liegt in den Spannungen zwischen der Bundesregierung in Kuala Lumpur und der Regierung Sabahs. Sie bestehen latent bereits seit Jahren und erreichten ihren Höhepunkt mit dem Austritt der Partei Kitingans, PBS, aus der Regierungs-

„Bapa Malaysia“ Tunku gestorben

Im Alter von 87 Jahren starb am 6. Dezember 1990 der erste Premierminister des unabhängigen Malayas bzw. Malaysias, Tunku Abdul Rahman Putra al-Haj, in Kuala Lumpur. Als „Vater“ der Unabhängigkeit erhielt er den Namen „Bapa Malaysia“ und war bei allen ethnischen Volksgruppen beliebt.

Der Tunku – Prinz – wurde als 20. Sohn des Sultans von Kedah geboren, der nördlichste Bundesstaat Malaysias an der thailändischen Grenze. Seine Mutter war als thailändische Adlige die 5. Frau des Sultans, als Kedah noch zum Siamesischen Königreich, dem heutigen Thailand, gehörte. Bis zum 12. Lebensjahr besuchte er die Schule in Bangkok und erst später in Penang. Ab 1920 studierte er in England, wo er schließlich 1948 sich zum Rechtsanwalt qualifizierte.

Nach seiner Rückkehr schloß er sich der 2 Jahre alten UMNO an und wurde bald deren Vorsitzender. Dem Tunku wird nachgesagt, daß er es gewesen war, der die britischen Kolonialherren

im Zuge des blutigen Krieges gegen die kommunistischen Guerilla davon überzeugt hatte, Malaya 1957 als multiethnischen Staat unter der Führung der UMNO in die Unabhängigkeit zu entlassen. Obgleich der Tunku als ausgleichende Kraft zwischen den Malayen und Nicht-Malayen gesehen wird, waren es die schweren Rassenunruhen 1969, die seine politische Karriere beendete. Erst mit der Spaltung der UMNO 1988 trat er trotz hohen Alters wieder auf die innenpolitische Bühne mit scharfer Kritik an Mahathir Mohamad. Noch zuletzt unterstützte er die neu gegründete malayische Oppositionspartei, Semangat 46, die aus der Spaltung der alten UMNO entstanden war.

Alle Sultane, Gouverneure, Minister und führende Politiker, Beamte, Militärs, Richter des Landes waren bei der Trauerzeremonie anwesend.

vgl. FEER 20.12.90 S.16ff; AW 21.12.90 S.22f; ALIR Vol. 10 (1990) No.12, S.2ff

Der Hintergrund für die spektakuläre Festnahme des Ministerpräsidenten Pairin Kitingans wie auch der anderen ISA-Verhaftungen liegt in den Spannungen zwischen der Bundesregierung in Kuala Lumpur und der Regierung Sabahs. Sie bestehen latent bereits seit Jahren und erreichten ihren Höhepunkt mit dem Austritt der Partei Kitingans, PBS, aus der Regierungs-

koalition Nationale Front (Barisan Nasional = BN) im Bundesparlament 2 Tage vor den letzten Wahlen. Dabei gewann BN im ganzen Land wieder die 2/3 Mehrheit. In Sabah erhielt die PBS nach wie vor die Mehrheit der Sitze (vgl. SOAI 4/90 S.33). Die PBS ist die Partei der überwiegend christlichen Kadazans und ausschließlich auf Sabah ausgerichtet. Sie hatte im Wahlkampf sich ausdrücklich dafür eingesetzt, den Einfluß des an Holz und Erdöl reichen Bundesstaates stärker in der Bundespolitik geltend zu machen, einschließlich der Forderung nach einem größeren Anteil an den Erdölgewinnen.

Beobachter wundern sich allerdings über den Zeitpunkt der harten Maßnahmen der Bundesregierung, da gerade seit Anfang des Jahres die PBS versucht hatte, sich wieder mit Kuala Lumpur zu arrangieren. PBS-Führer sehen das Vorgehen als Bestrafung der PBS für ihren „Verrat“ an der BN und rechnen auch in der Zukunft mit Schwierigkeiten.

Kelantan – ein islamischer Staat

Nach über 3 Monaten Regierungszeit gehen PAS und Semangat 46 im Nord-Osten der malayischen Halbinsel gelegene Bundesstaat Kelantan mit der Islamisierung sehr behutsam um. Als erstes schaffte der neue Ministerpräsident, Nik Aziz Nik Mat, den Brauch des Geschenkeverteilens bei Besuchen in den Bezirken ab. Glücksspiele wurden grundsätzlich und der Konsum von alkoholischen Getränken in Restaurants und sogenannten „Coffeeshops“ zum Teil verboten. Eine obligatorische Kopfbedeckung für Frauen wird zur Diskussion gestellt. Der Mutter-schutz wurde entsprechend islamischer Vorschriften von 45 Tage auf 2 Monate verlängert. Weiter schlug die Regierung vor, ein grundsätzliches Nachtarbeitsverbot für Frauen einzuführen und eine islamische Rechtsprechung (hukum huddud) für bestimmte Vergehen wie Ehebruch, Diebstahl, Verstoß gegen das Alkoholverbot u.a. anzuwenden.

Kelantan ist neben Sabah der einzige Bundesstaat, der von Oppositionsparteien regiert wird. Die islamische Partei PAS und Semangat 46 sind allein im Landesparlament vertreten und bilden gemeinsam eine Koalitionsregierung. PAS hatte bei den Wahlen eine Islamisierung angekündigt. Die Bevölkerung Kelantans besteht zu 95% aus Malayen, deren Lebensweise wohl am weitestgehenden in Malaysia im Islam verhaftet ist.

Den Chinesen, Thais und Indern haben als

gut assimilierte Minderheit ein Mitspracherecht in den 10 Bezirksräten, da in jedem mindestens ein Nicht-Muslime vertreten ist, sowie auch eine größere Anzahl von Frauen. In Aussicht gestellt wird jeweils ein kooptierter Vertreter der Minderheiten im Landesparlament, soweit dies nach der Landesverfassung möglich ist.

Die Regierung ging beim Alkoholverbot Kompromisse ein. Ein absolutes Alkoholverbot gilt danach für Läden die nur von Muslimen besucht werden. Läden mit einem gemischten Publikum können weiterhin Alkohol an Nicht-Muslime verkaufen, wenn die Kunden unterschiedlicher Religionen getrennt werden, so daß Muslime nicht in Kontakt mit Alkohol kommen. Hotel-Bars sind aus der Regelung ausgenommen. Es ist ihnen allerdings verboten, an Muslime Alkohol auszuschenken.



Islamisch-malaysische Politiker.

Foto: C. Kessler, aus: SEA Chronicle No. 75, S. 9

Das Verbot von Nachtarbeit für Frauen würde einige Tausend Betriebe betreffen und läßt die Unternehmer erschrecken. Die Einführung islamischer Rechtsprechung wird dann zu einem großen Problem, wenn sie auch für Nicht-Muslime angewandt werden soll, was eigentlich die Vorstellung von PAS ist. In dem Fall würden die Chinesen, Inder und Thais wohl empfindlich reagieren. Aber selbst wenn die Landesverfassung geändert werden würde, ist in dieser Frage die Bundesverfassung maßgeblich, die solche Rechtsprechung untersagt.

Das größte Problem für Kelantan ist allerdings die Haltung der Bundesregierung in Kuala Lumpur zu ihr. Premierminister Mahathir Mohamads Regierung hat bisher keinerlei Anzeichen zu einer Bereitschaft zu Gesprächen gezeigt. Alles deutet daraufhin, daß sie jegliche Unterstützung verweigern wird und Entwicklungsprojekte oder Hilfen nur

unter offen ersichtlicher eigener Regie durchführen wird, um für die nächsten Wahlen der Bevölkerung deutlich zu machen, wer ihnen hilft. Kelantan hat das niedrigste Pro-Kopf Einkommen auf der Malaiischen Halbinsel und eine überdurchschnittliche hohe Arbeitslosenrate. Außerdem muß die Landesregierung von den vorhergehenden Regierungen gemachte Schulden in Höhe von M\$ 753 Mio. an die Bundesregierung zurückzahlen bei einem Haushaltsvolumen in diesem Jahr von M\$ 136,4 Mio.

vgl. FEER 31.1.S.18f, 28.2.91, S.14f

Kurzmeldungen

Auf dem jährlichen Parteikongreß am 5.-6.1.91 wurde der aus Sarawak stammende **Sim Kwang Yang** zum stellvertretenden Generalsekretär der oppositionellen Democratic Action Party (DAP) gewählt. Sim ist in der nationalen Politik noch relativ unbekannt, gehörte aber zu denjenigen, die während der Zeit der 18monatigen Inhaftierung des Generalsekretärs Lim Kit Siang die Partei zusammenhielten. Er gilt als zuverlässiger Arbeiter und Parteistrategen.

(FEER 17.1.91 S.10)

Die bisher nur auf der malayischen Halbinsel aktive malaysische Regierungspartei **UMNO** ist seit dem 21.2.91 nun auch in Sabah präsent. Sie will sich dort für die Interessen der der Muslime einsetzen, die dort gegenüber den einheimischen Kadazans eine Minderheit bilden. Die bisherige Partei der Muslime, USNO, mit 12 Sitzen im Landesparlament, erscheint UMNO zu schwach, um die Landesregierung unter PBS ablösen zu können.

(FEER 7.3.91 S.22f)

Der als Umweltschützer und Kämpfer für den Regenwald bekannte **Harrison Ngau** in Sarawak hat sich der **Parti Bansa Dayak Sarawak (PDBS)** angeschlossen. Harrison war bis vor einiger Zeit Mitglied der Umweltschutzorganisation Sahabat Alam Malaysia (SAM) und dessen Bürochef in Sarawak. Bei den Wahlen im Oktober 1990 wurde er als unabhängiger Kandidat ins Bundesparlament gewählt. Die PDBS ist Mitglied in der Regierungskoalition Barisan Nasional (BN). Vorsitzender der BN und Premierminister Mahathir Mohamad teilte mit, er würde die Abgeordneten nicht als Mitglieder der BN anerkennen.

(Sunday Star 16.12.90)

Die Reformbewegung **ALIRAN** hat nun nach 8 Jahren Warten am 10.12.90 die Genehmigung vom Innenminister erhalten, eine Zeitschrift in malaysischer Sprache herauszugeben. Ihre bisherigen Anträge sind immer wieder abgelehnt worden. Die neue Monatszeitschrift wird „Malalah Aliran“ heißen und wird in der 3. Woche im Februar 1991 zum ersten Mal erscheinen. (ALIR Vol.11 No.1 (1991) S.34, NST 22.12.90)

Kampfflugzeuge für Malaysia

Die malaysische Luftwaffe wird 18 Kampfflugzeuge vom Typ Hawk 200 und 10 Übungsflugzeuge vom Typ Hawk 100 von British Aerospace (BAE) kaufen. Am 10.12.1990 wurde der Vertrag mit einem Gesamtwert von ca. DM 1,2 Mrd. unterzeichnet. Die Flugzeuge sollen bis 1995 geliefert werden.

Ursprünglich war der Kauf von 12 Tornado Kampfflugzeugen zum Preis von DM 1,2 Mrd. geplant. Anfang 1990 entschied sich die Luftwaffe jedoch für das billigere Gesamtpaket von Hawks, das Munition, Übungshilfen, Ausrüstung zur Bodenunter-

stützung und Ersatzteile enthält, sowie ein umfangreiches Trainings-Programm. BAE wird zur Herstellung von Flugzeugteilen und Munition mit zwei malaysischen Rüstungsunternehmen, Airod und Syarikat Malaysia Explosives, zusammenarbeiten.

Ein Monat früher berichtete die Wirtschaftszeitschrift „Malaysian Business“ über ein Angebot der Sowjet Union, die Kampfflugzeuge MIG-29 und SU-27 zu kaufen bzw. in Lizenz in Malaysia herzustellen. Ähnliche Angebote sollen den ASEAN-Staaten Singapur, Indonesien und Philippin-

en gemacht worden sein. Die Regierung und Luftwaffe wollen das Angebot prüfen. Allerdings wurden bereits Bedenken geäußert, einerseits, ob Malaysia überhaupt in der Lage ist, solche Flugzeuge in Koproduktion herzustellen, andererseits ob es sowjetische Experten, Berater und Ingenieure im Land haben will.

Bisher verfügt die malaysische Luftwaffe überwiegend über US Kampfflugzeuge.

vgl. Reuter 10.12.1990; MB 16.11.1990 S.42f